VR-07 (V-103)-114-2 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Tariq Kandil (KV Berlin-Reinickendorf)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 113 bis 114 einfügen:
Visaliberalisierung nicht gefährden will. Das könnte er sich innenpolitisch gar nicht erlauben.

Die Grüne Partei setzt sich dafür ein, dass Geflüchtete aus Gaza und dem Westjordanland schnellstmöglich Asyl in Deutschland erhalten. Wir fordern die Schaffung eines speziellen Aufnahmeprogramms mit zusätzlichen Kapazitäten in Erstaufnahmeeinrichtungen und eine beschleunigte Bearbeitung von Asylanträgen palästinensischer Geflüchteter. Ziel ist es, sie vor Abschiebung zu schützen und ihnen eine sichere Zukunft in Deutschland zu bieten.

Zudem fordern wir die Bundesregierung auf, die bisherige Praxis des BAMF zu beenden, Asylanträge aus Gaza wegen der unübersichtlichen Lage nicht zu bearbeiten.

Begründung

Die Situation in den palästinensischen Gebieten ist verheerend, insbesondere, aber nicht ausschließlich im Gazastreifen. Die monatelangen, völkerrechtswidrigen Angriffe Israels haben nicht nur zu zehntausenden Toten geführt, sondern auch die Lebensgrundlage eines Großteils der Bevölkerung zerstört. Laut einem Bericht mehrerer UN-Organisationen vom März dieses Jahres sind über zwei Millionen Menschen vertrieben worden. Bereits zu diesem Zeitpunkt waren 2,13 Millionen Einwohner*innen von akutem Hunger bedroht – eine Zahl, die sich seitdem weiter verschlimmert haben dürfte.

Neben Bombardierungen, Zerstörung, Vertreibung und Hunger leidet die Bevölkerung unter zunehmenden Krankheiten. In Abwässern wurde das Polio-Virus nachgewiesen, und Fälle von Durchfallerkrankungen, Hautausschlägen und Hepatitis A nehmen massiv zu. Hinzu kommt die mentale Belastung durch den Verlust von Angehörigen und die ständige Bedrohung durch militärische Gewalt, mit dem Risiko, selbst schwer verletzt oder getötet zu werden. Gleichzeitig wurden viele Gesundheitseinrichtungen zerstört.

Diese Einschätzung teilen zahlreiche Hilfsorganisationen, Menschenrechtsgruppen und staatliche Organisationen. Dennoch stuft das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Lage als ‘zu unübersichtlich’ ein und lehnt es ab, Asylverfahren für Menschen aus den palästinensischen Gebieten einzuleiten. Den Geflüchteten bleiben somit oft nur Kettenduldungen mit all den damit verbundenen Einschränkungen.

Als Grüne haben wir uns konsequent für unbürokratische und schnelle Asyllösungen für Geflüchtete aus anderen Krisenregionen eingesetzt – etwa nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Diese Verpflichtung muss nun auch für palästinensische Geflüchtete gelten. Mit diesem Beschluss unterstützen wir die Forderungen mehrerer Flüchtlingsräte aus verschiedenen Bundesländern.

weitere Antragsteller*innen

Niclas Christ (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Hannah Fuge (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Enad Altaweel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Marit Schatzmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Teresa Krause (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Bogusz Schmidt (KV Berlin-Reinickendorf); Johannes Feldker (KV Berlin-Reinickendorf); Elina Schumacher (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Clara Kölmel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Alena Dietl (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Viviane Triems (KV Potsdam); Sandra Smolka (KV Freising); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.